

Die Wandlitzerin Liane Kilinc ringt acht Monate lang um eine Schulzuweisung für ihren behinderten Sohn Deniz

Von Hans Still

**Wandlitz (MOZ):** Acht Monate lang musste die Wandlitzerin Liane Kilinc beim Staatlichen Schulamt Sturm laufen, um für ihren stark behinderten Sohn Deniz einen Zuweisungsbescheid für eine Schule zu bekommen. Nun klagt sie gegen das Schulamt und den Landkreis Barnim auf Kostenerstattung.

Deniz Kilinc ist - medizinisch anerkannt - autistisch. Er neigt schon bei leichten Veränderungen seines Alltags und erst recht bei Stress dazu, sich und andere in seinem Umfeld aggressiv zu verletzen. Aus diesem Grund besuchte er bis zum Ende der fünften Klasse die Johanna-Schule-Bernau, die darauf spezialisiert ist, Kinder mit Beeinträchtigungen der emotionalen und sozialen Entwicklung, des Erlebens und der Selbststeuerung zu betreuen.

"Nach der fünften Klasse, im Sommer letzten Jahres, bekam ich von der Schule mitgeteilt, die beiden fünften Klassen würden mit Beginn der sechsten Klasse zusammengelegt.

Mein Sohn gehört quasi zu den Kindern, die nun anderswo zur Schule gehen müssten", erzählt die Mutter.

Ein unfassbarer Vorgang, befindet Liane Kilinc noch heute. Angesichts der Inklusions-Debatten im Land kann sie nur den Kopf schütteln. Ihr Sohn Deniz war trotz seiner tiefgreifenden Entwicklungsstörung, so wird Autismus heute definiert, zweitbesten Schüler seiner Klasse.

Für die Mutter begann mit dem Rauswurf ihres Sohnes ein Leidensweg, der ihren Glauben an Behörden und staatliche Institutionen auf eine harte Probe stellen sollte. Denn für Deniz fand sich keine staatliche Schule, die den Jungen nach seinen Erfordernissen unterrichten konnte oder wollte. An der Klosterfelder Grundschule absolvierte er eine Probeweche, im Ergebnis lehnte die Schulleitung es ab, den Jungen aufzunehmen.

Und das Staatliche Schulamt als zuständige Behörde war nicht greifbar. "Durch den Umzug von Eberswalde nach Frankfurt (Oder) war trotz unzähliger Anrufe kein Mensch ans Telefon zu bekommen", berichtet Liane Kilinc.

Selbst einen Tag vor dem neuen Schuljahr war durch das Staatliche Schulamt nicht geklärt worden, an welcher staatlichen Schule Deniz unterrichtet wird.

"Was sollte ich nun machen? Den Jungen zuhause lassen, stellt einen Verstoß gegen die Schulpflicht dar. Aber ich hatte keine Zuweisung für eine staatliche Schule", beschreibt die fünffache Mutter ihre damalige Situation.

Hilfe bekam sie vom Wandlitzer "Runden Tisch", dort arbeitet Liane Kilinc ehrenamtlich mit.

Bernd Kösters, er ist Schulleiter der Bernauer Montessori-Schule, bot ihr unbürokratisch an, auf Grundlage eines Probevertrages den Jungen bedarfsgerecht zu unterrichten.

"Das funktioniert glücklicherweise sehr gut, der Junge fühlt sich wohl, alle könnten zufrieden sein", resümiert die Mutter.

Wäre da nicht der Streit über die Finanzierung des Schulbesuchs und die Beförderungskosten, beides klagt die Mutter nun ein. 128 Euro Schulgeld kostet regulär der Monat an der Montessori-Schule, Liane Kilinc zahlt wegen der Probevertrags derzeit weniger. Und Deniz benötigt monatlich eine Monatskarte für den Bus, die Kosten müsste der Landkreis Barnim übernehmen.

Doch beide Behörden stellen sich bis heute quer. "Als Staatliches Schulamt können wir keine Kosten für eine private Schule übernehmen", rechtfertigt Schulrat Hardy Schalitz die Ablehnung.

Seine Behörde schickte am 4. Februar und damit mindestens sechs Monate zu spät einen

Zuweisungsbescheid. Demnach darf Deniz nun "auf Elternwunsch" die Montessori-Schule besuchen. Schalitz entschuldigt sich zwar für die "ungewöhnlich lange Bearbeitungszeit", rechtfertigt diese aber mit den "Wirren des Umzuges, mehreren Wechseln beim Personal und einer Findungsphase im Schulamt". Gleich vier Mitarbeiter hätten den Umzug nicht mitgemacht, und für die Fallbearbeitung sei eine neue Kollegin zuständig gewesen. "Als ich den Vorgang auf den Tisch hatte, habe ich das innerhalb von zwei Tagen geklärt und den Stau beseitigt", gibt sich Schalitz als Macher, bevor er zu den Vorhaltungen kommt, die aus seiner Sicht auch die Mutter betreffen würden.

Sie hätte sich schließlich selbst die Montessori-Schule ausgesucht. Und sie hätte nach der Probeweche an der Klosterfelder Schule einen Betreuer für ihren Sohn beantragen sollen. "Ohne Betreuer kann die Schule die Beschulung nicht leisten, aber dem Jungen steht ja ein Betreuer zu", weiß Schalitz. Schon zuvor hätte allerdings der Leiter der Johanna-Schule "gar nicht das Recht gehabt, die Schulzuweisung aufzuheben".

Gleichwohl sieht der Schulrat keine Möglichkeit, für das Schulgeld an der Montessori-Schule aufzukommen. Er empfiehlt der Mutter vielmehr, einen Teil der Schulkosten durch "Frauenpower" abzuleisten, beispielsweise durch Arbeiten beim Malern von Zäunen oder Klassenräumen. "Das ist gar nicht so selten", sagt Schalitz.

Der Landkreis verweigert hingegen die Zahlung der Beförderungskosten. Dabei fährt der Junge mit dem Schulbus innerhalb der gleichen ÖPNV-Wabe, die Entfernung nach Klosterfelde ist quasi identisch mit der Entfernung nach Bernau zur Montessori-Schule. Auch hier liefert der "Elternwunsch" dem Landkreis den Grund, die Beförderungskosten von monatlich 58 Euro abzulehnen. Für Margitta Mächtig, Linke-Fraktionschefin im Brandenburger Landtag, ist die ganze Angelegenheit "ein Ding aus dem Tollhaus". Die Mutter hat sich gekümmert, aber die Behörde war mit sich beschäftigt. Und dann bekommt die Mutter noch Vorwürfe?"

Im Landratsamt sind die Probleme bekannt. So schreibt Sozialdezernentin Silvia Ulonska an die Linken-Politikerin Margitta Mächtig, "das Schulamt findet häufig keine Schulen mehr, die Kinder beschulen können, da die Kinder sehr verhaltensauffällig sind."

Urheberinformation: (c) MVD Märkisches Verlags- und Druckhaus GmbH & Co KG © PMG Presse-Monitor GmbH